

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

47. Sitzung  
7. November 2019

Beginn: 13.00 Uhr  
Schluss: 16.02 Uhr  
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) fragt, wie der Senat plane, den nach 2016 eingestellten Grundschullehrkräften mit DDR-Lehrbefähigung zeitnah die in Aussicht gestellte Eingruppierung in E 13 und die dafür als Voraussetzung geforderte Fortbildung zu ermöglichen, um die Eingruppierung als Aushilfe, E 10, zu beenden.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erklärt, es sei ein Riesenerfolg dieser Koalition, dass hier Grundschullehrkräfte genauso wie Lehrkräfte an weiterführenden Schulen bezahlt würden. Dies sei ein intensiver Prozess gewesen. Es seien viele Mio. Euro verwendet worden, um die Grundschullehrkräfte wie die an weiterführenden Schulen bezahlen zu können. Über 5 000 Grundschullehrkräfte würden seit dem Sommer nach E 13 bezahlt. Es handele sich zwar um eine andere, aber um eine gleichwertige Tätigkeit. Eine große Gruppe der LuK-Lehrkräfte habe man in die E 13 bekommen. Bei der von ihrer Vorrednerin angesprochenen Gruppe gelinge es nicht, aber man habe Verfahren besprochen. Herr Duveneck werde dies darstellen.

**Thomas Duveneck** (SenBildJugFam) führt aus, dass es sich um Personen mit DDR-Ausbildung – LuK – handele, die in Horten und Kitas tätig gewesen seien und damit in der Regel E 9 verdient hätten. Da sie in Schulen unterrichteten, erhielten sie E 10. Vor 2016 habe man diese Personen nicht in die Schule übernommen. Er habe im Zuge der Haushaltsberatungen hier darauf hingewiesen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um von E 10 zunächst nach E 11 zu gelangen. Beamte könnten von A 11 über einen Jahreskurs und eine

sechsjährige Tätigkeit in der Schule die Möglichkeit erhalten, nach A 12 zu kommen. Außerdem könnten diese Personen nach A 13 oder E 13 kommen unter den gleichen Voraussetzungen wie die 5 000 Lehrkräfte aus den Grundschulen. Wenn eine Personengruppe bisher nicht in den Jahreskurs gekommen sei, hänge dies mit der sechsjährigen Tätigkeit zusammen. Diejenigen mit weniger Jahren kämen im nächsten Jahr in den Jahreskurs, der am 7. August 2020 beginnen werde. Damit werde man die gesamte Personengruppe, ca. 500 Menschen, erfasst haben.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) folgert, dass sie dann denjenigen, die sie angeschrieben hätten, mitteilen könne, dass sie im August 2020 den einjährigen Fortbildungskurs antreten könnten.

**Thomas Duveneck** (SenBildJugFam) erwidert, er wisse nicht, wer seine Vorrednerin angeschrieben habe. Es müssten Personen sein, die überhaupt den Zugang in diesem Aufstiegskurs hätten, z. B. Freundschaftspionierleiter, die Deutsch, Mathematik und ein Wahlfach hätten und die schon in der DDR durch eine Ergänzungsprüfung die Berechtigung für den Unterstufenunterricht gehabt hätten. Es gebe aber Personen, die diese Fächer und Ergänzungsprüfungen nicht hätten. Diese seien von diesem laufbahnrechtlichen Aufstieg ausgenommen. Sie hätten auch nicht verbeamtet werden können. Sie verblieben in E 10 oder – nur mit Erzieherausbildung – in E 9.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) fragt, welche Rolle die Frage nach zusätzlichen Grundstücken im Rahmen der Schulbauoffensive spiele.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) sagt, man wolle in den nächsten Jahren über 60 neue Schulen bauen. 100 Mio. Euro würden bereitgestellt, um noch schneller Schulplätze über fliegende Klassenzimmer, Container usw. zur Verfügung zu stellen. Die Bezirke verweisen teilweise auf nicht baureife Grundstücke. Daher habe man die Bezirke gebeten, weitere baureife Grundstücke zu benennen, damit in den nächsten zwei Jahren Bauten auf den Weg gebracht werden könnten.

**Thorsten Weiß** (AfD) fragt, wie der Senat den Umstand bewerte, dass der Deutschland-Beauftragte für Original Play e. V. gleichzeitig Ausbilder des Landesprogramms „Gute gesunde Kita“ sei, zu dem die Senatorin ein Grußwort habe veröffentlichen lassen.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erklärt, das Programm „Gute gesunde Kita“ sei hervorragend. Es gehe um Gesundheitsförderung und -erziehung. Es sei bekannt geworden, dass ein Erzieher in einer Kita und im Landesprogramm tätig sei. Man habe Kontakt zu der Kita und dem Erzieher aufgenommen.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, wann der Beschluss der SPD zur sofortigen Verbeamtung umgesetzt werde. Was tue die Senatorin, wenn keine Umsetzung erfolge?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erwidert, ihr Vorredner sei selbst Parteimitglied und wisse, wie das mit Parteitagsbeschlüssen sei. Laut Koalitionsvertrag werde nicht verbeamtet. Als der Koalitionsvertrag geschrieben worden sei, habe sie dies voll und ganz unterstützt. Sie habe diese Position sieben Jahre lang uneingeschränkt vertreten. Die Zeiten hätten sich verändert. Kein anderes Bundesland verbeamte nicht. Lehrkräfte verließen das

Land, um sich verbeamten zu lassen. Dies müsse man zur Kenntnis nehmen. Die SPD treibe das Thema weiter voran. Aber sie befinde sich in einer Koalition. Es werde sicherlich fachliche Gespräche dazu geben.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, wie die Senatorin damit umgehe, wenn sie etwas nicht umsetze, was nach ihrer eigenen Aussage der Stadt schade.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) kündigt an, dass sie sich verhalten werde, wie sie sich in der Koalition mit der CDU verhalten habe. Das Parlament sei Gesetzgeber. Man befinde sich in Gesprächen und werde sehen, was geschehe.

**Regina Kittler** (LINKE) fragt, ob begründet werden könne, warum die Erfahrungsstufe 6 neuerdings bestimmten Gruppen von Lehrkräften, denen diese vorher zugesichert worden sei, nicht zustehe.

**Thomas Duveneck** (SenBildJugFam) bestätigt, dass die für Tariffragen zuständige SenFin gesagt habe, es sei tarifrechtlich ausgeschlossen, die übertarifliche Zulage Erfahrungsstufe 5 zu gewähren und parallel zur Einstellung förderliche Zeiten anzuerkennen, die sich bei der Einstellung nicht auswirkten, sondern erst Jahre später, wenn jemand in die neue Erfahrungsstufe 6 komme. Die Anrechnung förderlicher Zeiten sei ein Personalgewinnungsinstrument. Sie spiele bei der Vorweggewährung der Erfahrungsstufe 5 keine Rolle, weil sie dann nicht zum Tragen komme. Die Lehrkräfte bekämen natürlich durch gesammelte Berufserfahrung die Stufe 6. Berufserfahrung, die vorher da gewesen sei, fließe aber nicht in die förderlichen Zeiten ein.

**Regina Kittler** (LINKE) fragt, für wie rechtssicher ihr Vorredner diese Auskunft halte. Es würden Klagen angestrebt.

**Thomas Duveneck** (SenBildJugFam) erwidert, dies sei eine Frage an SenFin. Deren Vorgaben würden in der gesamten Berliner Verwaltung angewendet.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) bemerkt, dass es über den Kita-Navigator in den Medien eine ambivalente Berichterstattung gegeben habe. Es interessiere eine Einschätzung der Senatsverwaltung, auch der Zusammenarbeit mit Kitaträgern und Kitas.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) bemerkt, sie habe am Vortag mit dem ITDZ den Kita-Navigator vorstellen dürfen. Es sei ein guter Tag für die Berliner Familien gewesen, die Transparenz gefordert hätten. Die Verwaltung habe ein Riesen-IT-Projekt auf den Weg gebracht. IT-Kräfte, Fachorganisationen und Eltern seien beteiligt gewesen. Wichtig sei die einfache Sprache, damit alle einen Zugang hätten. Es werde Schritt für Schritt beschrieben, wie man mit den Funktionen umgehen könne. Man habe den Rahmen geschaffen. Laut Kita-FöG hätten die Träger Daten einzutragen. Im Rahmenvertrag stehe, dass das Pflegen der Daten Aufgabe der Träger sei. Denn der Navigator könne nur funktionieren, wenn die Einrichtungen ihre Daten einpflegten. Der Navigator sei mit dem ISBJ-System verknüpft, es könne eine Bereinigung der Anmeldedaten geben. Familien könnten sich ein Konto mit maximal 10 Anfragen zulegen. Bei Doppelmeldungen würden Listen automatisch gelöscht. Es dauere natürlich, bis ein solches Projekt laufe und bis alle Träger verstanden hätten, dass es stressig für sie sei, wenn sie ihre Daten nicht einpflegten. Genau dies wolle man. Wenn Kitas oder Träger

sich in ein paar Wochen nicht daran hielten, werde man anders nachhaken wegen Vertragsverletzung. Man habe die Kitaleitungen entlastet.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) fragt, ob es Unterstützung durch das ITDZ gegeben habe. Wer habe noch mitgeholfen?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) bejaht die erste Frage. Man habe auch einen Dienstleister verpflichtet, um das Verfahren zu entwickeln.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erklärt, man habe viele Runden gedreht – mit den Elternvertretungen, mit den Trägern, auch über das Thema Sprache. Man habe alle Akteure einbezogen.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) teilt mit, dass es morgen eine weitere Grundsteinlegung geben werde, für die Grundschule Europa-City. An der Allee der Kosmonauten rollten schon die Bagger. Schon über 350 Schulen hätten Schulverträge mit den Schulaufsichten abgeschlossen. Man erarbeite mit den Gymnasien und den beruflichen Schulen Indikatoren. – Das Bundesverwaltungsgericht habe die Entfernung von zwei Lehrkräften, die Kinderpornografie konsumiert hätten, aus dem Beamtenverhältnis bestätigt.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) fragt bezüglich des Kita-Navigators, wie man auf die 28-seitige Bedienungsanleitung zur App stolz sein könne. Es gehe doch darum, dass Menschen ohne Bedienungsanleitung die App verstünden. Es sei schwierig, sich auf die Merklisten zu setzen.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erwidert, sie sei stolz. Es handele sich um ein Riesen-IT-Projekt. Anderen Eltern sei es gelungen, sich durchzuklicken, auch ohne Bedienungsanleitung. Man werde weitere Anleitungsfilme ins Internet stellen. Bekämen die Eltern in NRW solche Serviceleistungen? – [Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Ja, gibt es!] – Über ein Konto könne man digital einen Kita-Antrag stellen.

**Tommy Tabor** (AfD) lobt den Kita-Navigator. Die Bedienung sei einfach. Wenn man ein Sternchen anklicke, sei man auf der Liste. Allerdings gebe es noch Mängel. Die Kita seiner Kinder habe noch freie Plätze, aber laut Navigator würden erst 2021 wieder Kinder aufgenommen. Wie könnten Sanktionen aussehen, wenn Kitas die Informationen nicht aktualisiereten?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) antwortet, man befinde sich in einem Prozess, damit das System ins Laufen komme. Einzelne Einrichtungen hätten Daten noch nicht tagesaktuell eingepflegt. Wenn SenBildJugFam dies erfahre, werde Kontakt zu den Kitas aufgenommen. Durch die Regelung im Rahmenvertrag und durch Gesetz habe man einen Hebel. Man könne in ein Vertragsverletzungsverfahren eintreten. Bei weiterer Weigerung gehe es auch ans Geld. Sie gehe davon aus, dass die Kitas auch ein Interesse an einem einheitlichen

Verfahren hätten. Sie wolle die Papierstapel nicht mehr, sondern ein einheitliches System der Vormerkungslisten. Es gebe Einrichtungen, die sich nicht in die Karten schauen lassen wollten. Wenn alle Plätze angeblich bis 2021 belegt seien, dann müsse man sich das einmal ansehen.

**Dirk Stettner** (CDU) zeigt sich erfreut über die digitale Lösung. Leider seien die Informationen nicht aktuell. Er hätte einen aktuellen Stand erwartet. Er hätte sich ein Einwirken auf die Kitaleitungen im Vorfeld gewünscht. Er halte den Navigator auch für leicht zu bedienen. – Es habe keine analoge Aufgabenkritik gegeben. Das sei eine falsche Umsetzung. Man müsse, um einen Platz zu bekommen, telefonieren. In diesem System stecke keinerlei Intelligenz. Sei diesbezüglich eine Änderung geplant? Wann werde sie kommen?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erwidert, es gebe eine Verknüpfung mit dem ISBJ-System, in dem taggenau zu sehen sei, wenn Verträge abgeschlossen worden seien. Die Intelligenz sei also gegeben. Für die Träger habe es Workshops gegeben, in denen das Konzept vorgestellt worden sei. Es sei vor Kurzem mitgeteilt worden, dass es losgehe. Man werde jetzt noch einmal auf die vertragliche Verpflichtung hinweisen.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) widerspricht Abg. Stettner. Die Vorarbeit für das System habe die Frage beinhaltet, was ein freier Platz sei. Ein Platz, der in zwei Monaten belegt werde, sei kein freier Platz. Auch die Vormerkung werde im System abgebildet. Aufgenommen sei ein dialogisches Verfahren. Das System müsse angewendet werden. Es beinhalte eine Intelligenz, die es bisher nicht gegeben habe. Alle Träger müssten sich beteiligen.

Der **Ausschuss** schließt den TOP 1 ab.

#### Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

- |  |                                    |
|--|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Ist-Stand Kinderschutz</b><br>(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen)           | <a href="#">0031</a><br>BildJugFam |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Was will der Senat tun, um das Netzwerk Kinderschutz weiter zu stärken?</b><br>(auf Antrag der Fraktion der CDU) | <a href="#">0070</a><br>BildJugFam |
| c) Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 18/2274<br><b>Keine Chance für Kindesmissbrauch in Berliner Kitas</b>   | <a href="#">0266</a><br>BildJugFam |

- d) Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2276  
**„Original Play“ in Berlin untersagen**

[0267](#)  
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses  
Schlussbericht SenBildJugFam – V C / V D – vom  
16.06.2019  
Rote Nummer 0903 D

[0256](#)  
BildJugFam

### **Konzeptionelle Absicherung der Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten**

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) sagt, das Land setze aufgrund der wachsenden Kinderzahlen massiv auf den Kita-Ausbau. Über die Programme habe man schon über 50 000 Kitaplätze schaffen können. Man benötige zusätzliche Fachkräfte. Die Qualität werde verbessert durch kleinere Gruppen und eine Entlastung der Leitung. Für die vier Stufen seien 2 600 VZE erforderlich gewesen. Die Ausbildungskapazitäten seien verdoppelt worden. Man habe 10 500 Erzieher/innen in der Ausbildung. Ab 2020 werde die Bezahlung auch besser.

**Roman Simon** (CDU) bemerkt, man könne viel beschließen. Dies müsse aber auch in den Kitas ankommen. Wie erfolge die Kontrolle? Seien Pflichten ausgeweitet worden?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) meint, positiv sei, dass man sehen könne, dass die Maßnahmen anliefen und funktionierten. Man könne nicht lockerlassen. Die prozentuale Ausschöpfungsquote habe sich erhöht. Es gebe mehr angebotene Plätze.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) erklärt, dass im Jahresvergleich die Zahl der belegbaren Plätze um mehr als 1 000 gestiegen sei; die Ausschöpfungsquote sei von 94,1 auf 94,4 Prozent gestiegen. Der Personalbestand wachse im Vergleich zu den vorhandenen Plätzen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht der Senatsverwaltung 0903 D zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1816  
**Kindertagespflege fördern und ausbauen: Mehr  
Plätze schaffen und Rahmenbedingungen verbessern**

[0245](#)  
BildJugFam(f)  
Haupt  
StadtWohn\*

Hierzu:

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Antrag der  
Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1816-1  
**Kindertagespflege fördern und ausbauen: Mehr  
Plätze schaffen und Rahmenbedingungen verbessern**

[0245-1](#)  
BildJugFam(f)  
Haupt  
StadtWohn

- b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1817  
**Erhöhung der Vergütung von Tagespflegepersonen**

[0246](#)  
BildJugFam  
Haupt

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 05.09.2019

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1936  
**Qualität der Integrationskurse überprüfen –  
Evaluation der aktuellen Angebote notwendig**

[0251](#)  
BildJugFam  
IntArbSoz(f)

Vertagt.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Unternimmt rot-rot-grün genug für kinderreiche  
Familien?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0007](#)  
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.05.2019

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.